Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 28. März 2011
Ausgabe 059
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **3**
› Glückwünsche für Dr. Wolfgang Spindler zum 65. Geburtstag 3
› Gleichstellungskommission fordert: München braucht eine Frauenquote! 3
› Münchner Solartage 2011 4
› Fassadenüberprüfung am Neuen Rathaus 5
› Vortrag zu Sanierungsmängeln bei Fenstern, Fassade und Dach 5
› Konzertreihe Hörakademie mit der „taschenphilharmonie“ 6
› Krimifestival München: Peter Haff liest aus „Der blaue Spiegel“ 7
› Vortrag „Überblick über die wichtigsten Online-Communities“ 7
› Bürgersaal Fürstenried: Michael Lerchenberg liest Ludwig Thoma 8
› Ausstellung in der Stadtbibliothek Moosach 8
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 25. bis 27. März 9
Antworten auf Stadtratsanfragen **10**
› Wann wird die Stadtratsanfrage „Sind Personen-Unfälle im Gleisbereich der Münchner U-Bahnstationen durch technische Maßnahmen wie moderne Detektoren verhinderbar?“ vom 12.01.2010 beantwortet?
Sind Personen-Unfälle im Gleisbereich der Münchner U-Bahnstationen durch technische Maßnahmen wie moderne Detektoren verhinderbar? 10
› Frankfurter Ring – Wiederherstellung der Fahrbahnen unter dem „Tatzlwurm“ 17

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **18**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Dienstag, 29. März, 10 Uhr,
Städtische Maria-Probst-Realschule, Gotzinger Platz 1 a
Der Stellvertreter des Stadtschulrats, Dr. Josef Tress, übergibt im Rahmen eines kleinen Festakts den ersten Mobilen Hochseilgarten für Münchner Kindertageseinrichtungen und Schulen seiner Bestimmung. Die Anlage wurde aus städtischen Mitteln finanziert und speziell für Kinder ab dem Vorschulalter entwickelt. Klettern im Hochseilgarten ist eine besondere Form der Bewegungserziehung, die neben Kraft und Beweglichkeit besonders die Teamfähigkeit fördert. Der Mobile Hochseilgarten wird im Schuljahr 2010/2011 an insgesamt drei Standorten aufgebaut und steht allen Münchner Kindertageseinrichtungen und Schulen zur Verfügung.

Wiederholung
Dienstag, 29. März, 12 Uhr, Grützner stube im Rathaus
Tourismusdirektorin Dr. Gabriele Weishäupl zieht Bilanz über das Tourismusjahr 2010 und gibt einen Ausblick auf das Jahr 2011.

Wiederholung
Dienstag, 29. März, 19 Uhr, Traumstadt-Salon, Kaulbachstraße 75
Oberbürgermeister Christian Ude überreicht im Rahmen einer Lesung Wolfgang Roucka für dessen Verdienste um das kulturelle Leben in München die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens“ in Silber.

Mittwoch, 30. März, 13 Uhr, Rathaus, Ratstrinkstube
Bürgermeisterin Christine Strobl nimmt den an die Landeshauptstadt München verliehenen Preis der Free Software Foundation Europe im Rahmen der weltweiten Kampagne „Document Freedom Day“ entgegen. München wird für seinen Einsatz für Offene Standards und Freie Software ausgezeichnet.

Bürgerangelegenheiten

Montag, 4. April, 19 Uhr, Sitzungsraum der BA-Geschäftsstelle Süd, 4. Stock, Implerstraße 9 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 6 (Sendling).

Meldungen

Glückwünsche für Dr. Wolfgang Spindler zum 65. Geburtstag
(28.3.2011) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert dem Präsidenten des Bundesfinanzhofs, Dr. h. c. Wolfgang Spindler, zum bevorstehenden 65. Geburtstag: „Spätestens seit Sie 1991 als Richter zum Bundesfinanzhof nach München gewechselt sind, haben Sie sich als eine Persönlichkeit profiliert, die die deutsche Steuerrechtsprechung nachhaltig geprägt hat. Aber auch außerhalb des Gerichtssaales setzen Sie sich mit großem Engagement für eine Vereinfachung des bestehenden Steuerrechts ein, um die Besteuerung für die Betroffenen wieder verständlich zu machen. Es gibt wohl kaum einen Bürger, der sich nicht mindestens einmal im Jahr wünscht, dass Sie mit Ihren Bemühungen Erfolg haben werden.
Dies verdeutlicht auch ein Zitat von Albert Einstein, der schon vor einigen Jahrzehnten meinte: ‚Am schwersten auf der Welt zu verstehen ist die Einkommenssteuer'. Wir hoffen für uns und mit Ihnen, dass diese alte, aber immer noch aktuelle Aussage bald überholt sein wird!
Für die Zukunft wünsche ich Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, Schaffenskraft und weiterhin viel Freude beim Durchforsten des ‚Steuerdschungels', vor allem aber Gesundheit und persönliches Wohlergehen."

Gleichstellungskommission fordert: München braucht eine Frauenquote!
(28.3.2011) Die Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen der Landeshauptstadt München hat beschlossen, dem Stadtrat die Einführung von Quoten für die Besetzung von Steuerungs- und Kontrollgremien (Vorstände, Aufsichtsräte, etc.) der städtischen Beteiligungsgesellschaften zu empfehlen. Dabei soll zunächst geprüft werden, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, damit die kommunalen Unternehmen der Landeshauptstadt München verbindliche Quoten einführen können. Zudem empfiehlt die Kommission den städtischen Beteiligungsgesellschaften, dem Münchner Memorandum für mehr Frauen in Führungspositionen beizutreten *(www.muenchner-memorandum.de)*.
Darüber hinaus soll sich die Landeshauptstadt München aktiv für die Beseitigung der immer noch gravierenden Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen einsetzen und entsprechende Initiativen zusätzlich zum Equal Pay Day in München starten.
Ebenso hat die Gleichstellungskommission empfohlen, dass die Landeshauptstadt München die so genannte Nürnberger Resolution unterzeichnet. Die Nürnberger Resolution fordert vor allem, dass die Aufsichtsräte

deutscher Aktiengesellschaften mindestens zu 40 Prozent mit Frauen besetzt sein müssen (*www.nuernberger-resolution.de*). In diesem Zusammenhang wird auch ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft gefordert.
Lydia Dietrich, Vorsitzende der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen: „München braucht eine Quote. Die Vorschriften in europäischen Ländern wie beispielsweise Norwegen zeigen, dass der Anteil von Frauen in Führungsgremien und Aufsichtsräten nur mit einer Quote effektiv erhöht werden kann. Dass vor allem die Qualifikation entscheiden muss, wie es die Quotengegner immer wieder beteuern, ist ein Ablenkungsmanöver, denn an Qualifikation mangelt es den Frauen nicht, sehr wohl aber an Chancengleichheit. Chancengleichheit gibt es für Frauen aber auch nach 100 Jahren Internationalem Frauentag nicht. München kann hier mit gutem Beispiel vorangehen und die Bemühungen um die Gleichstellung von Frauen und Männern forcieren."
Michaela Pichlbauer, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt München: „Die erfolgreiche Gleichstellungspolitik der Landeshauptstadt München wird durch die Empfehlungen der Gleichstellungskommission einen aktiven Schub erhalten. Dass Frauen in Deutschland immer noch 23 Prozent weniger verdienen als Männer, ist nicht hinnehmbar. München steht es gut an, nicht nur den Equal Pay Day zu unterstützen, sondern insbesondere die Lohndiskriminierung auf die Tagesordnung ihrer Maßnahmen zu setzen und zum Beispiel im Rahmen von EU-Projekten das Berufswahlverhalten junger Frauen und Männer zu erweitern".
Ansprechpartnerinnen für die Medien: Lydia Dietrich, Vorsitzende der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen, Telefon 2 33-9 26 20, E-Mail: lydia.dietrich@muenchen.de, Michaela Pichlbauer, Gleichstellungsbeauftragte für Frauen der Landeshauptstadt München, Geschäftsführung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen, Telefon 2 33-9 24 64, E-Mail: gst@muenchen.de

Münchner Solartage 2011
(28.3.2011) Im Gegensatz zu den fossilen Brennstoffen Öl, Gas und Kohle ist die Sonne eine unerschöpfliche Energiequelle. Die Frage, wie die Kraft der Sonne genutzt werden kann, steht im Mittelpunkt der Münchner Solartage 2011, die am Samstag und Sonntag, 2. und 3. April, im Bauzentrum München (Willy-Brandt-Allee 10) bereits zum 15. Mal von der Landeshauptstadt München in Kooperation mit der Innung Spengler, Sanitär- und Heizungstechnik München organisiert werden. Unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Hep Monatzeder präsentieren mehr als 20 Ausstelle-

rinnen und Aussteller regenerative Energien in ihrer ganzen Vielfalt. So werden Solaranlagen, Pelletheizungen oder Wärmepumpen ausführlich vorgestellt. Die Münchner Solartage finden jeweils von 9.30 Uhr bis 17.30 Uhr statt. Neben grundsätzlichen Informationen werden insgesamt 30 Vorträge angeboten. Sie bieten Besucherinnen und Besuchern beispielsweise einen Überblick über die neuesten Entwicklungen bei Produkten und Montagetechniken. Ergänzend dazu bieten das Bauzentrum München und seine Partnerinnen und Partner eine neutrale Beratung an. Die Nutzung der Solarenergie wird im Übrigen mit Zuschüssen von der Landeshauptstadt München und vom Bund gefördert. Ausführliche Informationen zu den 15. Münchner Solartagen sowie das vollständige Vortragsprogramm gibt es im Internet unter *www.muenchner-solartage.de.*
Im Ausstellerforum (Seminarraum, 3. Obergeschoss) informieren Hersteller und Herstellerinnen sowie Handwerker und Handwerkerinnen am Samstag und Sonntag über ihre Produkte und Dienstleistungen.
Die Cafeteria im Bauzentrum München bietet während der 15. Münchner Solartage Snacks und Getränke an. Zur Mittagszeit gibt es auch warme Gerichte. Weitere Infos gibt es unter *www.muenchner-solartage.de* sowie unter *www.muenchen.de/bauzentrum*. Telefonische Auskünfte erteilt das Bauzentrum München unter 54 63 66-0.

Fassadenüberprüfung am Neuen Rathaus
(28.3.2011) Am Neuen Rathaus am Marienplatz werden – wie jedes Jahr – die Fassaden überprüft, um etwaige Schäden am Naturstein rechtzeitig erkennen und erfassen zu können. Aus Verkehrssicherheitsgründen werden zu behebende Schäden sofort im Zuge der Fassadenbefahrung beseitigt. Ab 4. April wird an voraussichtlich acht Werktagen in der Zeit von 7 Uhr bis 18 Uhr an verschiedenen Abschnitten eine Hebebühne stehen, mit deren Hilfe Fachleute die Fassade untersuchen. Die Befahrung des Rathausturmes mit einer 100-Meter-Hebebühne wird am 7. April durchgeführt.

Vortrag zu Sanierungsmängeln bei Fenstern, Fassade und Dach
(28.3.2011) Die Sanierung von Fenstern, Fassade und Dach eines Gebäudes kann durchaus lohnend sein – doch mitunter schleichen sich auch Fehler ein. Insbesondere bei Schnittstellen zwischen einzelnen Gewerken kommt es häufig zu Mängeln. Das bereits sanierte Gebäude kann dann erneut zum Sanierungsfall werden. Über typische Fehler aus der Baupraxis berichtet Zimmermeister Gerhard Adam am Donnerstag, 31. März, von 18 Uhr an im Bauzentrum München. Anhand von Bildern über Schäden

sowie von gelungenen Lösungsvorschlägen sollen bei dem Vortrag die Zuhörerinnen und Zuhörer sensibilisiert werden, welche Qualitätsmerkmale beim Sanieren und Modernisieren wichtig sind. Der Eintritt ist frei.
Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Minuten ausgeschilderter Fußweg; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de; Telefon 54 63 66 - 0.

Konzertreihe Hörakademie mit der „taschenphilharmonie“
(28.3.2011) In der Konzertreihe „Hörakademie“ der Offenen Akademie der Münchner Volkshochschule (MVHS) spielt am Dienstag, 31. März, um 20 Uhr im Kleinen Konzertsaal im Gasteig, Rosenheimer Straße 5, unter der Leitung und Moderation von Peter Stangel die taschenphilharmonie das Klavierkonzert Nr. 4 von Ludwig van Beethoven. Das vierte Klavierkonzert war das letzte seiner Werke, das Beethoven selbst öffentlich vortrug. Danach hinderte ihn seine voranschreitende Taubheit an solistischen Auftritten. In vielerlei Hinsicht – nicht nur, was den virtuosen Klavierpart anbelangt – markiert dieses Klavierkonzert einen Grad an Vollendung des klassischen Konzerttypus, der nicht mehr zu steigern war. Sandro Ivo Bartoli (am Klavier), Peter Stangel und die taschenphilharmonie stellen das großartige Werk im Detail vor. Nähere Infos unter Telefon 4 80 06-62 20, siehe auch unter *www.mvhs.de.* Eintrittskarten zu 15 Euro, ermäßigt 10 Euro, sind bei allen Anmeldestellen der MVHS (Kursnummer EG 2027 E) erhältlich. Restkarten gibt es an der Abendkasse.
Seit zwei Jahren sorgt in dieser Konzert-Reihe das „kleinste Sinfonieorchester der Welt“, die „taschenphilharmonie“, für Hörgenuss und Hörerfahrung. In kleiner Besetzung mit 10 bis 15 Musikern gespielt, werden die eigens für dieses Ensemble orchestrierten Meisterwerke transparent und durchsichtig, Dinge werden hörbar, die in der Klangmasse eines großen Orchesters leicht untergehen. In der Hörakademie erklingen jedoch nicht einfach nur Konzerte, sondern Musiker und Dirigent lassen die Zuhörer in die Werkstatt der Komponisten hineinschauen: Es werden musikalische Themen vorgestellt, Tempi oder die Dynamik verändert und Spielweisen variiert, die verschiedenen Schichten des musikalischen Gesamtgewebes werden einzeln hörbar gemacht und ihre Bedeutung für das Ganze erklärt. So wird die Komposition und ihre Interpretation unmittelbar hör- und erlebbar. Zum Abschluss erklingt das Werk dann einmal von Anfang bis Ende, so wie der Komponist es geschrieben hat.

Das Konzert findet mit Unterstützung der Hochschule für Musik und Theater statt. Ansprechpartnerin: Marianne Müller-Brandeck, Fachgebiet Musik der Münchner Volkshochschule, Telefon 44 47 80-61, E-Mail: Marianne.Mueller-Brandeck@mvhs.de.
Achtung Redaktionen: Bei Interesse steht Peter Stangel gerne für ein Interview zur Verfügung. Kontakt: Telefon 01 77-623 78 76, contact@peter-stangel.de, Fotos in hoher Auflösung sind auf Anfrage erhältlich.

Krimifestival München: Peter Haff liest aus „Der blaue Spiegel"
(28.3.2011) Noch sind Karten für eine der letzten Veranstaltungen im Hauptprogramm des Krimifestivals München erhältlich: Am Donnerstag, 31. März, 19 Uhr, liest der Literat und Bildende Künstler Peter Haff im städtischen Literaturarchiv Monacensia, Maria-Theresia-Straße 23, aus seinem Krimi „Der blaue Spiegel": Ein Mord erschüttert die Münchner Kunstszene. Der wohlhabende Münchner Kunsthändler Harry Warburk wird geblendet und mit dem Kopf in einem Aquarium seiner Grünwalder Villa aufgefunden. Sein Sohn, der seinen stets auf Abstand bedachten Vater nie näher kennen gelernt hat, und die Polizei stehen vor einem Rätsel. Gemeinsam wollen sie herausfinden, wer diesen Mord regelrecht inszeniert hat. Dabei geraten sie immer tiefer in eine Welt der vermögenden Sammler, der Künstler, der Hersteller von Farben. Der Eintritt kostet 5 Euro. Eine Reservierung ist erforderlich unter textfactory@t-online.de.
Peter Haff wurde 1938 in München geboren. Er studierte Volkswirtschaft und Geschichte. Bekannt wurde er durch seine literarischen Werke, aber auch durch seine Bilder, Collagen und Skulpturen, mit denen er seit 1988 auf Ausstellungen im In- und Ausland vertreten ist. Peter Haff lebt heute in Kilchberg bei Zürich und in Südfrankreich.
Veranstalter sind das Krimifestival München und die Monacensia mit freundlicher Unterstützung des Luchterhand Verlages. Weitere Informationen zum Krimifestival München unter *www.krimifestival-muenchen.de* oder unter *www.facebook.com/krimifestival*; zur Monacensia unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/monacensia.*

Vortrag „Überblick über die wichtigsten Online-Communities"
(28.3.2011) In den großen Netzgemeinschaften, den so genannten Communities, begegnen sich täglich Millionen Menschen, die sich austauschen, informieren und diskutieren. Die Volkshochschule Süd bietet zusammen mit der Stadtbibliothek Sendling am Donnerstag, 31. März, einen Vortrag zu diesem Thema an, in dem Interessierte einen Überblick zu den wichtigsten Communities und einen Einblick in ihre Funktionsweise und Möglichkeiten erhalten. Die Veranstaltung findet von 16 Uhr bis 17.30 Uhr

in der Stadtbibliothek Sendling, Albert-Roßhaupter-Straße 8, statt. Die Anmeldung erfolgt über die Volkshochschule Süd, Telefon 74 74 85 20, Kursnummer JS 8040 (8 Plätze). Die Kursgebühr beträgt 10 Euro.

Bürgersaal Fürstenried: Michael Lerchenberg liest Ludwig Thoma
(28.3.2011) Am Donnerstag, 31. März, 20 Uhr, präsentieren Michael Lerchenberg und der Niederbayerische Musikantenstammtisch im Bürgersaal Fürstenried, Züricherstraße 35, „Jozef Filsers Briefwexel". „Gelibte Leser! Ich bin der Jozef Filser, königlicher Abgeorneter im Barlamend. Ich habe als Man des Folkes nichd gewißt das ich zur Regirung beruffen bin sontern inser hochwirninger Her Bfarrer hat es entdekt." Ludwig Thoma hat in Filser den scheinheiligen und auf seinen Vorteil bedachten Volksvertreter beschrieben, der trotz seiner Bauernschläue die Ränke und Taktiererei seiner Partei – des erzkonservativen Zentrums – nicht versteht. Ätzende Satire steht neben komischer Naivität und hält erstaunlich viele Parallelen zum Hier und Heute parat.
Michael Lerchenberg, Regisseur, Schauspieler und Intendant der Luisenburg-Festspiele, erlangte bayernweite Popularität als Darsteller von Edmund Stoiber beim Starkbieranstich auf dem Nockherberg. Von 2008 bis 2010 hat er als Bruder Barnabas für die Rolle des Fastenpredigers neue Maßstäbe gesetzt. „Thomas Prosa, Lyrik und Satire, seine Komödien wie Tragödien und nicht zuletzt seine Briefwechsel dokumentieren sein Leben, aber auch seine immer wieder veränderte Gemütslage und die sich wechselnden Einstellungen zum Leben seiner Zeit", erklärt Lerchenberg sein langjähriges Interesse an dem „wohl größten Literaten Bayerns zwischen Königreich und Weimarer Republik". Dieses Mal nun konzentriert sich Lerchenberg in seiner Lesung auf die Figur Jozef Filsers. Der Niederbayerische Musikantenstammtisch sorgt mit Zwiefachen, Schottischen, Landler, Dreher und „woas da Deife wos no" für den richtigen musikalischen Schmiß. Die Lesung ist eine Kooperationsveranstaltung der Münchner Stadtbibliothek Fürstenried mit Kultur & mehr/Trägerverein Bürgersaal Fürstenried e. V.. Eintrittskarten zu 15 Euro, ermäßigt 12 Euro, gibt es in der Stadtbibliothek Fürstenried, Forstenrieder Allee 61, Telefon 7 59 69 89-0, E-Mail: stb.fuerstenried.kult@muenchen.de.

Ausstellung in der Stadtbibliothek Moosach
(28.3.2011) Vom 30. März bis 29. April zeigt Gerhard Dembinski in der Stadtbibliothek Moosach Ölgemälde im Stil alter Meister. Der Künstler wurde 1934 in Beuthen/Oberschlesien geboren und arbeitete 20 Jahre lang im Steinkohle-Bergbau. Die Möglichkeit zu intensiver Malerei ergab sich erst nach der Umsiedlung nach Bayern 1969. Gerhard Dembinski be-

fasst sich engagiert mit der Malerei, sammelt und studiert themenbezogene Literatur und besucht zur Anregung Kunstmuseen und Galerien. Seine Kenntnisse über Farbenlehre und Maltechnik hat er sich autodidaktisch angeeignet, beziehungsweise „ermalt". Als Liebhaber alter Meister bevorzugt er in seinen Bildern Landschaftsthemen, Stillleben und romantische Szenen der „guten, alten Zeit". Die Bilderschau ist bei freiem Eintritt zu den üblichen Öffnungszeiten der Bibliothek, Hanauer Straße 61 a, Telefon 3 09 05 47 90, zu betrachten: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10 bis 19 Uhr und am Mittwoch von 14 bis 19 Uhr.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 25. bis 27. März

(28.3.2011) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Freitag, 25. März:

Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 30.791,80 Euro

Samstag, 26. März:

Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 30.791,80 Euro

Sonntag, 27. März:

Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 30.791,80 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 26
Bisherige Einsatztage: 121
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 20.461.798,42 Euro

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 28. März 2011

Wann wird die Stadtratsanfrage „Sind Personen-Unfälle im Gleisbereich der Münchner U-Bahnstationen durch technische Maßnahmen wie moderne Detektoren verhinderbar?“ vom 12.01.2010 beantwortet?
Sind Personen-Unfälle im Gleisbereich der Münchner U-Bahnstationen durch technische Maßnahmen wie moderne Detektoren verhinderbar?
Anfragen Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Michael Kuffer (CSU) vom 15.9.1010 und 12.1.2010

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihren Anfragen vom 12.01. und 15.09.2010 hinterfragen Sie technische Maßnahmen, wie z.B. die Installation moderner Detektoren an U-Bahnstationen, um Personenunfälle im Gleisbereich zu verhindern.

Vorab bedanke ich mich für die entsprechend meiner mehrfachen Zwischennachrichten gewährten Terminverlängerungen.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die überwiegend in den operativen Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH/MVG (SWM/MVG) fallen. Im Folgenden dürfen nun deren Antworten wiedergegeben werden:

Grundsätzliche Ausführungen der SWM/MVG zum Themenkomplex:
Die Verantwortung für den sicheren und ordnungsgemäßen Betrieb liegt aufgrund der gegebenen gesetzlichen Regelungen (Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen, BOStrab) ausschließlich bei der SWM/MVG. In dieser Gesamtverantwortung sind alle Bestandteile der Betriebsanlagen, der Fahrzeuge und der Betriebsabwicklung gesamthaft zu betrachten. Gegenüber dem Gesetzgeber ist der vom Unternehmer zu bestimmende Betriebsleiter für die sichere und ordnungsgemäße Betriebsführung insgesamt als der Verantwortliche definiert. SWM/MVG und der Betriebsleiter werden dabei durch die Technische Aufsichtsbehörde überwacht, die bei der Regierung von Oberbayern angesiedelt ist.

Das Risiko, dass Personen in den Gleisbereich eines Schienenverkehrsmittels stürzen und dabei Schaden nehmen, ist kein spezifisches Risiko von U-Bahnen, sondern ebenso bei Eisenbahnen und S-Bahnen vorhanden.
Eine vollständige Verhinderung des Gleissturzes wäre ausschließlich über eine körperliche Abtrennung des Bahnsteiges zum Gleisbereich möglich. Dieses Thema wurde bereits im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft am 08.12.2009 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 01310) behandelt.

Mit der Anfrage vom 12.01.2010, den darin genannten Fällen und insbesondere auch mit aktuellen Erklärungen wird der Eindruck erweckt, das genannte Risiko sei im Bereich der Münchner U-Bahn besonders hoch. Das ist unzutreffend. Eine Analyse der Unfälle im U-Bahnbereich zeigt, dass sie in ihrer Häufigkeit tatsächlich seltene Einzelfälle darstellen, die überwiegend in Verbindung mit Alkoholmissbrauch stehen. Vergleichbare Unfälle im Bereich des Eisenbahnverkehrs einschließlich S-Bahn und natürlich erst recht im Individualverkehr sind in ihrer Anzahl weit häufiger. Die Aussage, die MVG „verstümmle“ ihre Kunden, suggeriert nicht nur ein völlig verzerrtes Bild der Risikoverteilung, auch im Bereich der Mobilität, sondern stellt auch einen pauschalen und ungerechtfertigten Angriff auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MVG dar, die tagtäglich dafür sorgen, dass in München Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln besonders sicher und mit besonders geringen Unfallrisiken möglich ist.

Das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren im besonders tragischen Fall des Gleissturzes einer blinden Frau kommt unabhängig von der Unfallanalyse von SWM/MVG zu einem ähnlichen Ergebnis (siehe Beantwortung der Anfrage vom 15.09.2010, Antwort zu Frage 2).

Eine weitere Reduzierung des ohnehin sehr geringen Risikos eines Gleissturzes bei stehendem Zug im Kupplungsbereich wird durch die geplanten Fahrzeugersatzbeschaffungen realisiert, da sich die Anzahl der Altwagen mit Kupplungslücken verringert und die Anzahl der durchgängigen Gliederzüge steigt.

Beantwortung der Anfrage vom 12.01.2010:

Frage 1:
Gibt es mittlerweile kommerziell erhältliche und praxistaugliche Detektorsysteme, die in den U-Bahn-Gleisraum eindringende Personen verlässlich erkennen?

Antwort der SWM/MVG:
Ja.

Frage 2:
Welche Erfahrungen in puncto Unfallverhinderungseffekte dieser Sicherungssysteme liegen z.B. aus Nürnberg oder Kopenhagen vor?

Antwort der SWM/MVG:
Die bekannten Detektorensysteme erfassen Gegenstände, die in den Gleisbereich gelangen, in dem kein U-Bahnfahrzeug steht. Für die sichere Erfassung muss der Gegenstand eine bestimmte Größe haben. Die Detektoren veranlassen eine Sperrung des entsprechenden Gleises und lösen eine Bremsung des nächsten Zuges aus. Ob bzw. wie weit der Zug in den Bahnhof einfährt und es zu einem Unfall kommt, hängt vom Standort des Zuges zum Zeitpunkt der Detektion und Auslösung ab. Maßgebende Faktoren sind hierbei die Bremsverzögerung und der erforderliche Bremsweg. Die Wirkung auf den Zug entspricht damit der Wirkung im System der SWM/MVG, die nach Betätigung des Fahrgastnothalts am Bahnsteig erfolgt.

Eine Gefährdung beim Gleissturz vor eine unmittelbar einfahrende U-Bahn kann schon wegen des erforderlichen Bremsweges nicht verhindert werden; dies zeigen auch die Erfahrungen beim Fahrerlosen Betrieb in Nürnberg.

Bei einem Gleissturz, bei dem sich der nächste U-Bahnzug mindestens im Bremswegabstand vor dem Bahnhof befindet, kann das System eine Risikoreduzierung darstellen, da eine automatische Reaktion des Systems erfolgt und keine Handlung Dritter erforderlich ist. Im Rahmen der Unfallanalysen von SWM/MVG wurde jedoch deutlich, dass dieses Unfallszenario äußerst selten vorkommt und in der überwiegenden Anzahl keine weiteren Unfallfolgen eintraten (z.B. weil der Nothalt gezogen wurde, der Fahrer die Gefährdung erkannte und eine Notbremsung einleitete oder die Person sich selbst, u. a. auch in den hierfür vorgesehenen Sicherheitsraum unter dem Bahnsteig, retten konnte). Auch der tragische Unfall eines 19-Jährigen am 19.02.2011 untermauert diese These, denn auch hier gelang es dem Unfallopfer zunächst, sich in den Sicherheitsraum unter dem Bahnsteig zu retten. Nach den Überwachungsvideos gelangte der Fuß des 19-Jährigen erst während des Vorbeifahrens des Zuges unglücklicherweise auf die Gleise.

Da sich das Detektorensystem auf den Gleisbereich im Bahnhof beschränkt, sind Vorfälle außerhalb dieser Bereiche im direkten Vergleich zum Status quo identisch zu beurteilen.

Die Erfahrungen aus Nürnberg liegen darüber hinaus ausschließlich für unterirdische Bahnhöfe vor. Wie sich ein solches Detektorensystem an Oberflächenbahnhöfen mit dort auftretenden Witterungsbedingungen, wie z.B. Schnee, Nebel etc. verhält, ist nicht bekannt. Hier besteht jedoch aufgrund der Erfahrungen aus anderen Bereichen durchaus ein hohes Potential an Fehlmeldungen und sich daran anschließenden Betriebsstörungen.

Betriebsstörungen treten, so die Erfahrungen mit Detektorensystemen, auch in unterirdischen Bahnhöfen auf. Die notwendige Sensibilität der Detektoren führt auch dann zu Betriebsunterbrechungen, wenn keine Gefahrensituation vorliegt. Hierüber wurde in der Bayerischen Presse unter dem Schlagwort „Taube bremst die U-Bahn aus“ zu einem Vorfall in Nürnberg berichtet.

Frage 3:
Ist seitens der MVG/SWM daran gedacht, ein derartiges System zumindest testweise in München einzusetzen?

Antwort der SWM/MVG:
Die Kosten für das in Nürnberg für den Fahrerlosen Betrieb eingesetzte Detektorensystem (Radartranspondersystem für den Bahnsteig und für die Kupplungsbereichsüberwachung im Bahnhof) liegen aktuell bei ca. 1 Mio. Euro pro Bahnsteigkante. Eine Realisierung im gesamten Münchner U-Bahnnetz würde somit nur für die Bahnsteiggleissicherung und die Kupplungsbereichsüberwachung in einer Größenordnung von über 200 Mio. Euro liegen. Hier kommen noch notwendige Anpassungen an den Stellwerken, der Linienzugbeeinflussung und anderen technischen Einrichtungen hinzu, die in einer Größenordnung von ca. 15 Mio. Euro liegen. Letztere sind notwendige Anpassungen, die im bestehenden System der SWM/MVG, unabhängig von der Anzahl der auszurüstenden Bahnsteigkanten, zu realisieren sind. Noch nicht in den vorgenannten Kosten enthalten sind die Aufwendungen für Wartung, Instandhaltung, Lagerkosten und zusätzlich erforderliche Fachingenieure zur Betreuung der Systeme. Aufgrund der Erfahrungen und Rückmeldungen müssen SWM/MVG hier von einer Größenordnung im Bereich von ca. 1,0 Mio. Euro pro Jahr ausgehen. Erfahrungen über die Lebensdauer der eingesetzten Technologie liegen leider noch nicht vor. Auch hier müssen SWM/MVG aufgrund der vorlie-

genden Erfahrungen aus anderen Bereichen von einem Komponententausch bis hin zu einer Systemerneuerung innerhalb von 10 Jahren rechnen.

Unter Beachtung der Kosten einerseits und der objektiv vorhandenen Risiken andererseits ist der Einsatz eines derartigen Systems bei konventionellen Schienenverkehrssystemen mit Fahrpersonal nicht zu rechtfertigen und auch bei anderen Schienensystemen nicht üblich. Daher wird seitens der SWM/MVG der Einsatz eines derartigen Systems unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht verfolgt.

Frage 4:
Aufgrund welcher rechtlichen Bedingungen mussten seinerzeit die verbesserten Türsicherungseinrichtungen bei den Münchner U-Bahn-Wägen des A- und B-Typs nachgerüstet werden? Zeichnet sich eine Nachrüstungspflicht für Personendetektorsysteme im Gleisbereich ab? Wie ist hier der Stand der Fachdiskussion?

Antwort der SWM/MVG:
Die verbesserten Türsicherungseinrichtungen bei der Münchner U-Bahn erfolgten aus eigenem Antrieb und in Abstimmung mit der Technischen Aufsicht. Es gab keine gesetzliche Verpflichtung für eine Nachrüstung. Eine Nachrüstungspflicht für Personendetektorensysteme im Gleisbereich zeichnet sich derzeit für den Betrieb mit fahrerbesetzten Fahrzeugen nicht ab. Der mögliche Einsatz eines solchen Systems begrenzt sich ausschließlich auf den Fahrerlosen Betrieb, da mit einem solchen System die Aufgaben, die im Verantwortungsbereich des Fahrpersonals liegen, technisch gelöst werden müssen.

Beantwortung der Anfrage vom 15.09.2010:

Frage 1:
Um welches Ermittlungsverfahren handelt es sich?

Antwort der SWM/MVG:
Dem Ermittlungsverfahren lag eine Strafanzeige gegen den verantwortlichen Geschäftsführer der Stadtwerke München GmbH/MVG zugrunde. Der Inhalt der Strafanzeige lag thematisch in dem hier behandelten Themenkomplex.

Frage 2:
Ist das Verfahren bereits abgeschlossen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, wann ist mit einem Abschluss zu rechnen?

Antwort der SWM/MVG:
Das Verfahren wurde zwischenzeitlich eingestellt, da sich keine Verletzung von Verkehrssicherungspflichten ergab. Die Staatsanwaltschaft stellte klar, dass nach ständiger Rechtssprechung die Verkehrssicherungspflicht nicht schon durch jede bloß theoretische Möglichkeit einer Gefährdung ausgelöst wird. Da eine jeglichen Schadensfall ausschließende Verkehrssicherung nicht erreichbar ist und auch die berechtigten Verkehrserwartungen nicht auf einen Schutz vor allen nur denkbaren Gefahren ausgerichtet sind, beschränkt sich die Verkehrssicherungspflicht auf das Ergreifen solcher Maßnahmen, die nach den Gesamtumständen zumutbar sind und die ein verständiger und umsichtiger, in vernünftigen Grenzen vorsichtiger, Mensch für notwendig und ausreichend hält, um andere vor Schaden zu bewahren. Weiterhin ergaben die Ermittlungen, dass der Betrieb der Fahrzeuge und Betriebsanlagen der SWM/MVG dem gesetzlichen Sicherheitsstandard, der die Grenzen zwischen den abhilfebedürftigen Gefahren und den hinzunehmenden Erschwernissen umreißt, entsprechen.

Frage 3:
Warum kann von der SWM GmbH nicht unabhängig vom staatsanwaltschaftlichen Verfahren eine neutrale, auf dem objektiven Stand der Sicherungstechnik basierende Antwort auf die o.b. Stadtratsanfrage gegeben werden?

Antwort der SWM/MVG:
Auf der Grundlage einer eindeutigen juristischen Empfehlung durch die rechtsanwaltliche Vertretung der SWM/MVG erfolgte keine, auch keine neutrale Antwort.

Dies wurde Herrn StR Dr. Kronawitter am 21.05.2010 durch den Betriebsleiter, Herrn Richarz, in einem persönlichen Gespräch mitgeteilt und erläutert.

Frage 4:
Da sich die Anfrage an den Oberbürgermeister richtet und nicht an die SWM: wäre es da nicht hilfreich, sich der Fachkenntnisse anderer Fachleute und Fachinstitutionen (z.B. Hochschulinstitute, TÜV, VDV Verband Deut-

scher Verkehrsunternehmen, VAG Verkehrsaktien-gesellschaft Nürnberg) zu bedienen, um die Anfrage innerhalb des rechtlich vorgegebenen Rahmens qualifiziert und objektiv zu beantworten?

Antwort:
Die SWM/MVG trägt, wie eingangs unter „Grundsätzliche Ausführungen der SWM/MVG zum Themenkomplex" dargestellt, die Verantwortung für den sicheren und ordnungsgemäßen Betrieb und verfügt damit über die Fachleute mit der entsprechenden Fachkenntnis, die auch das Münchner Netz und die darin gegebenen Rahmenbedingungen beurteilen können. Darüber hinaus arbeiten diese Fachleute auch in den nationalen und internationalen Gremien, gerade auch bei den Fragestellungen zum Fahrerlosen Betrieb und den dafür erforderlichen zusätzlichen Schutzmaßnahmen, aktiv mit. Aussagen Dritter, nicht mit dem Münchner Netz und den Münchner Rahmenbedingungen befasster Fachleute bzw. Fachinstitutionen, hätten aufgrund der notwendigen Einarbeitung und der erforderlichen Einbindung der Fachleute der SWM/MVG zu keiner schnelleren Antwort geführt.

Frankfurter Ring - Wiederherstellung der Fahrbahnen unter dem „Tatzlwurm“
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU) vom 28.2.2011

Antwort Baureferentin Rosemarie Hingerl:

In Ihrer Anfrage vom 28.02.2011 thematisieren Sie die baustellenbedingt verschwenkten Fahrbahnen am Frankfurter Ring unter der Freimanner Autobahnbrücke und bitten um Information, wann der Rückbau der Fahrbahnen in den ursprünglichen Zustand erfolgen wird.

Das Baureferat hat die Fragestellung an die Autobahndirektion Südbayern als zuständige Behörde zur Beantwortung weitergeleitet.

Die Autobahndirektion Südbayern teilte daraufhin zum aktuellen Sachstand am 09.03.2011 Folgendes mit:
Im Zuge der Baumaßnahme „Erneuerung der Hochbrücke Freimann“ wurde die Sperrung der Anschlussstellenrampen der Anschlussstelle München Frankfurter/Föhringer Ring auf der Hochbrücke erforderlich. Für die gesperrten Fahrbeziehungen wurde mit einem gesonderten Bauauftrag eine Umleitungsstrecke zwischen der Anschlussstelle Freimann und dem Frankfurter Ring eingerichtet. Die Fahrbahnverschwenkung im Bereich des Frankfurter Ringes ist Bestandteil dieses gesonderten Bauauftrages.
Die Hauptbauarbeiten für die Erneuerung der Hochbrücke Freimann wurden am 04.12.2010 mit Herstellung der regulären Verkehrsführung auf der A 9 abgeschlossen, jedoch laufen derzeit noch die Restarbeiten, u. a. für die Erneuerung von zwei Rampenbauwerken im derzeit noch gesperrten Rampenbereich zum Föhringer Ring.
Der Start für die Baumaßnahme „Rückbau der Umleitungsstrecke und die damit verbundene Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes am Frankfurter Ring“ kann erst nach Fertigstellung der Bauarbeiten im Rampenbereich zum Föhringer Ring im Frühjahr 2011 erfolgen.
Die genauen Bautermine werden derzeit von der Autobahndirektion Südbayern mit allen Beteiligten, der Landeshauptstadt München-Baureferat, dem Kreisverwaltungsreferat und den beteiligten Baufirmen abgestimmt.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 28. März 2011

M-Ökostrom der Stadtwerke reiner Schwindel?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Stadtratshearing zu Rassismus im politischen Diskurs
Antrag Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

„Hierarchieeffekt" bei LoB – warum profitiert nur die Führungsebene?
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke)

Geschlechterdiskriminierung durch leistungsorientierte Bezahlung bei der LHM?
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke)

Stand der Bürgerarbeit in München
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Dr. Michael Mattar - Gabriele Neff - Christa Stock - Dr. Jörg Hoffmann - Dr. Otto Bertermann
MITGLIEDER IM STADTRAT DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

28.03.2011

Schriftliche Anfrage
M-Ökostrom der Stadtwerke reiner Schwindel?

Wie nun von den Stadtwerken zu erfahren ist, bekommen alle Stadtwerke-Kunden, die bislang den Strom als M-Strom Internet bezogen haben keinen Bonus von 25 Euro beim Wechsel zu M-Ökostrom. Die Begründung der Stadtwerke: es sei kein neuer Tarif, sondern nur eine Namensänderung! Wenn dies so zutrifft, ist die Aktion der Stadtwerke München GmbH reiner Etikettenschwindel zur Irreführung oder freundlich ausgedrückt eine „reine Marketingaktion“ ohne sachlichen Inhalt.

Wir fragen deshalb den Oberbürgermeister:

1. Trifft es zu, dass die Stadtwerke ihren M-Strom Internet-Kunden keinen Tarifwechselbonus zahlen wollen, wenn diese auf M-Ökostrom wechseln?
2. Wenn ja, stimmen Sie mit uns darin überein, dass die reine Namensänderung des Tarifs in M-Ökostrom kein neues Produkt, sondern „alter Strom in neuer Verpackung“ bedeutet und somit eine Irreführung der Münchner Bevölkerung ist?
3. Wird sich der Aufsichtsrat der Stadtwerke München GmbH mit der problematischen reinen Marketingaktion M-Ökostrom befassen?

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat

FDP-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Telefon: 233 92644, 233 92645
E-Mail: fdp@muenchen.de

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 28.03.2011

Antrag: Stadtratshearing zu Rassismus im politischen Diskurs

Die Verwaltung wird gebeten, in Zusammenarbeit mit AMIGRA und der Stelle für interkulturelle Arbeit ein Hearing zu Rassismus im politischen Diskurs zu veranstalten.
Hierbei soll unter Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse, europäischer Vorgaben wie auch der Erfahrungen von Rassismus betroffener Personengruppen dargelegt werden, welche rassistischen Positionen sich im politischen Diskurs finden, wie sie sich erkennen lassen und welche Gegenstrategien – auch rechtlicher Art – erfolgreich sind.

Begründung:

Rassistische Äußerungen oder Äußerungen im politischen Leben, die zumindest im Verdacht des Rassismus stehen, sind immer wieder ein Problem auch für die Stadt München. So gab es etwa im vergangenen Jahr auf einer Bürgerversammlung einen Antrag „Keine Ausländer mehr“, der dennoch behandelt werden musste, da die Satzung für Bürgerversammlungen keine Handhabe bietet, derartige Anträge nicht zu behandeln. Um künftig die LeiterInnen der Versammlungen und die Verwaltung mit solchen Situationen nicht mehr allein zu lassen, wäre eine Änderung der Satzung sinnvoll. Dafür müsste aber zunächst Klarheit geschaffen werden, wo genau die Grenze zu rassistischen Äußerungen verläuft.

Auch die Veranstaltung mit Thilo Sarrazin, die vom Literaturhaus durchgeführt wurde, warf die Frage auf, wie kommunale und kommunal geförderte Einrichtungen mit Aussagen umgehen oder umgehen sollten, die viele als eindeutig rassistisch sehen.

Die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Rechtsextremismus wie auch die „Deutschen Zustände“ von Heitmeyer belegen immer wieder, dass rassistische Positionen kein Randphänomen sind, sondern bis tief in die Mitte der Gesellschaft reichen. Desto wichtiger ist es, einen klaren Begriff zu entwickeln, der das städtische Handeln im Umgang mit Situationen, in denen diese Positionen politisch wirksam werden, anleiten kann.

Initiatorin:

Dagmar Henn
Stadträtin DIE LINKE.

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat
Orhan Akman
Ehrenamtlicher Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 28.03.2011

Anfrage „Hierarchieeffekt“ bei LoB – warum profitiert nur die Führungsebene?

Die LHM als Arbeitgeberin hat 2007 mit dem Gesamtpersonalrat (GPR) eine Dienstvereinbarung zur Leistungsorientierten Bezahlung (LoB) nach § 18 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) abgeschlossen. Gemäß der DV-LoB erhielten im Jahr 2009 9.791 (37%) der Beschäftigten der LHM eine Leistungsprämie. D.h. zwei Drittel der Beschäftigten der LHM entsprachen scheinbar nicht den Anforderungen, die für eine sogenannte Leistungsprämie gefordert wurden.

Interessant ist hierbei, dass vor allem die Führungsebenen vom LoB zu profitieren scheinen und die unteren Gehaltsgruppen kaum etwas vom LoB haben. Diese werden sowohl bei der Prämienchance, sprich der Berechtigung potenziell eine Leistungsprämie zu erhalten als auch beim Empfang der Leistungsprämie übergangenen bzw. fallen hinten runter.

2009 kamen 83% der Beschäftigten, die Prämienberechtigt waren aus dem Mittleren bis Höheren Dienst. Nur 17% der Prämienberechtigten finden sich in den unteren Laufbahngruppen (Einfacher Dienst 4%, Facharbeiter 2%, Un-/angelernte Arbeiter 11%). Im gehobenen Dienst bekamen 42% der 32% Berechtigten tatsächlich eine Prämie, bei den un-/angelernten Arbeitern waren es nur 26% von 11% Berechtigten.

Auch bei der Prämienhöhe kam es zu einer Diskriminierung der unteren Laufbahngruppen. So betrug die durchschnittliche Prämie im Höheren Dienst 1. 057,24 Euro, im einfachen Dienst 706, 97 Euro und bei den un-/angelernten Arbeitern nur 665,96 Euro. Die Mehrheit der Prämienbezieher ist somit in den oberen Laufbahnen zu finden und bezieht eine höhere Prämie, als die Beschäftigten in den unteren Laufbahngruppen. Der Großteil der gesamten Prämienausschüttung (4,5 Millionen Euro!) in 2009, konzentriert sich demnach in den höheren Laufbahnen. Dadurch werden die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen benachteiligt und diskriminiert.

Vor diesem Hintergrund stelle ich die folgenden Fragen:

1. Wieso sind 83% der Prämienbezieher den höheren Laufbahnen zuzuordnen?

2. Wie kommt die Differenz in der Höhe der Prämien zwischen den unteren und höheren

Laufbahngruppen zur Stande?

3. Wieso zahlen alle Beschäftigten in den „Prämientopf“ ein, wenn nur ein Bruchteil und dann vor allem die Besserverdiener von den Leistungsprämien profitieren?

4. Wenn die LHM schon Wert auf das umstrittene Instrument der LoB legt, wie kann diese gerecht gestaltet werden?

5. Wie will die LHM bzw. das POR gegen diese auseinandergehende Lohn- und Gehaltschere zwischen der Führungsebene und den unteren Gehaltsgruppen vorgehen?

Orhan Akman

Stadtrat der LINKEN.

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat
Orhan Akman
Ehrenamtlicher Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

München, 28.03.2011

Anfrage: Geschlechterdiskriminierung durch leistungsorientierte Bezahlung bei der LHM?

Am 25.03.2011 fand der Equal Pay Day statt, bei dem die 2. Bürgermeisterin die Schirmherrschaft inne hat. Eine der zentralen Forderungen dieser Veranstaltung ist der gleiche Lohn für die gleiche Tätigkeit, da Frauen nach wie vor für die gleiche Arbeit bis zu 30% weniger Lohn erhalten.

Ein weiteres Instrument, das den Anforderungen der Geschlechtergerechtigkeit im Beruf widerspricht, stellt die Leistungsorientierte Bezahlung (LoB) dar. Die LHM als Arbeitgeberin hat 2007 mit dem Gesamtpersonalrat (GPR) eine Dienstvereinbarung zur LoB nach § 18 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) abgeschlossen. Gemäß der DV-LoB erhielten im Jahr 2007 8.416 (32%) der Beschäftigten der LHM eine Leistungsprämie, im Jahr 2008 waren 8.944 (34 %) Beschäftigte. D.h. zwei Drittel der Beschäftigten der LHM entsprachen scheinbar nicht den Anforderungen, die für eine sogenannte Leistungsprämie gefordert wurden.

Ein enormer Unterschied bei der Auszahlung der Leistungsprämie ist auch zwischen weiblichen und männlichen sowie Vollzeitbeschäftigten und Teilzeitbeschäftigten erkennbar. So galten 2009 59% der weiblichen und 88% der männlichen Beschäftigten als Leistungsprämienberechtigt. Nur 39% der weiblichen und 40% der männlichen berechtigten Beschäftigten erhielten die Leistungsprämie. Zudem kommt hinzu, dass die Prämie bei den weiblichen Beschäftigten 2009 durchschnittlich um 49,16 Euro geringer ausfiel, als bei ihren männlichen Kollegen.

Auch zwischen den Teilzeitbeschäftigten und den Vollzeitbeschäftigten ergaben sich gravierende Unterschiede in der Berechtigung zur sogenannten Leistungsprämie (29% zu 71% im Jahr 2009). In diesem Kontext muss darauf hingewiesen werden, dass Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten als Männer und somit nicht nur bei der Auszahlung, sondern auch beim bloßen Zugang zur LoB diskriminiert werden. Im Bereich der Teilzeitbeschäftigung waren 2009 zudem 41% der weiblichen und nur 12% der männlichen Beschäftigten berechtigt eine Leistungsprämie zu erhalten. Nur 30% der weiblichen und ganze 27 % der männlichen Teilzeitbeschäftigten erhielten diese auch.

Als mögliche Ursachen, der Geschlechterdiskriminierung durch LoB sind mehrere Faktoren zu nennen.

So kann es auch bei geschlechtsneutral formulierten Kriterien (Kriterienkatalog) durchaus zu einer mittelbaren Diskriminierung von Frauen kommen. Simone Walka kommt zu dem Schluss, dass die Kriterien wie Stressresistenz, Autorität oder Belastbarkeit nicht auf Aufgaben bezogen werden, sondern auf die Position. Am Beispiel des Kriteriums „Verantwortungsbewusstsein“ bedeute dies, dass dieses nur bei der Beurteilung von Führungskräften angewandt wird, sprich auch nur die Führungskräfte können in Hinblick auf dieses Kriterium bei dem Kriterienkatalog zum Erhalt der Leistungsprämie punkten. Verantwortungsbewusstsein kann, nach Walka, aber nicht nur als Führungsverantwortung ausgelegt werden, sondern auch als gewissenhafter Umgang mit Ressourcen oder die Übernahme von Verantwortung in der Unterstützung von Menschen.

Weitere Kriterien knüpften zudem an einen von männlichen Geschlechtsstereotypen geprägten Leistungsbegriff an. Zu diesen gehörten auch „intellektuelle Fähigkeiten“ oder die „Entscheidungsfähigkeit“. Männer gälten in der gesellschaftlichen Wahrnehmung, sowohl als rationaler und theoretisch begabter, als auch als analytischer und entscheidungsfreudiger. Das Diskriminierungspotential solcher Merkmale könne reduziert werden, indem bei dem Kriterienkatalog zur Leistungsprämie „eine Beschreibungshilfe beigefügt wird, die die Auslegung der Kriterien unterstützt und eventuell zu Grunde liegende Geschlechtsrollenstereotype offen legt und somit bewusst macht. (…)“ (Walka, Simone (2007): Scharfe Leistung? – Geschlechtergerechte Ausgestaltung der Leistungsvergütung im TVöD).

Neben diesem enormen Diskriminierungspotenzial weiblicher Beschäftigter zeigen auch die Ergebnisse einer Mitarbeiterbefragung der LHM zu der sogenannten leistungsorientierten Bezahlung aus dem Jahr 2008, dass die Mehrheit der Beschäftigten mit der LoB mehr als unzufrieden sind. Laut der Befragung stufen 26% der Beschäftigten die LoB als „schlecht“ ein, 38,8 % der befragten Beschäftigten sagen sogar, dass die LoB „sehr schlecht“. Lediglich 10,2 % der Beschäftigten werten die LoB als „gut“ bzw. „sehr gut“.

Vor diesem Hintergrund stelle ich die folgenden Fragen:

1. Wie viele der weiblichen Beschäftigten arbeiten bei der Stadt in Teilzeit – wie viele der männlichen Beschäftigten?

2. Wie kommt der Unterschied in der Berechtigung zur LoB bei den Teilzeitbeschäftigten und den Vollzeitbeschäftigten zur Stande?

3. Warum erhielten 2009 nur 30% der weiblichen und 27% der männlichen Teilzeitbeschäftigten eine Leistungsprämie, obwohl 41% der Frauen und nur 12% der Männer als berechtigt galten?

4. Wie kommt es dazu, dass weniger Frauen in Vollzeitbeschäftigung berechtigt sind, eine sogenannte Leistungsprämie zu beziehen?

5. Warum erhielten männliche Beschäftigte in Vollzeit in 2009 um 3%-Punkte häufiger eine Prämie, als die weiblichen Vollzeitbeschäftigten?

6. Wie kommt es, dass Vollbeschäftigte in 2009 zu 9%-Punkten häufiger eine Leistungsprämie erhielten als Teilzeitbeschäftigte?

7. Wie viele Frauen erhielten die Leistungsprämie über eine Zielvereinbarung? Wie viele über den städtischen Kriterienkatalog zur LoB?

8. Wurde bei der Erstellung des Kriterienkatalogs darauf geachtet, dass die Kriterien so formuliert wurden, dass es nicht zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von Frauen kommen kann?

9. Wie viele der weiblichen Beschäftigten bewerteten die LoB bei der Mitgliederbefragung 2008 als „sehr gut“, wie viele als „gut“ sowie als „schlecht“ bis „sehr schlecht“ – wie viele der männlichen Beschäftigten?

10. Welche Gründe wurden von den weiblichen Beschäftigten bei einer schlechten Bewertung angeführt?

Orhan Akman

Stadtrat der LINKEN.

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat
Orhan Akman
Ehrenamtlicher Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

München, 28.03.2011

Anfrage: Stand der Bürgerarbeit in München

Laut der Antwort der Sozialreferentin auf meine Anfrage „Bürgerarbeit – jetzt auch in München?“ vom 24.09.2010, ist das Projekt „Bürgerabreit“ in München im September 2010 gestartet. Das Modellprojekt besteht aus zwei Phasen. In der ersten Phase, der sogenannten Aktivierungsphase starten 500 Bewerber/innen, die für den 1. Arbeitsmarkt qualifiziert und vermittelt werden sollen. In der zweiten Phasen, der sogenannten Beschäftigungsphase erhalten 150 Projektteilnehmer/innen einen Bürgerarbeitsplatz. Zusätzlich sollen 350 Personen mit einem „erhöhten Unterstützungsbedarf“ durch einen externen Träger betreut werden.
In ihrer Antwort wies die Sozialreferentin auch darauf hin, dass dem Stadtrat das Projekt in der ersten Jahreshälfte 2011, als Beschluss vorgelegt wird.

Vor diesem Hintergrund stelle ich die folgenden Fragen:

1. Wie viele Teilneher/innen gab es in München in der „Aktivierungsphase“?
2. Wie viele konnten nach der ersten Phase erfolgreich und dauerhaft (länger als sechs Monate) in den 1. Arbeitsmarkt integriert werden?
3. Wie viele der Teilnehmer/innen sind an Leih- bzw. Zeitarbeitsfirmen vermittelt worden?
4. Wie viele Teilnehmer/innen sind nach der Aktivierungsphase in die Beschäftigungsphase übergegangen?
5. Wo werden diese Personen im Rahmen der Bürgerarbeit eingesetzt – welche Tätigkeiten üben sie aus?
6. Wie viele der sogenannten Bürgerarbeiter/innen sind „Aufstocker“ – wie viele der Personen, die nach der Aktivierungsphase erfolgreich in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt wurden?
7. Um welchen externen Träger handelt es sich bei der Betreuung von 350 Menschen mit „Unterstützungsbedarf“?
8. Wie sieht die Unterstützung des externen Trägers konkret aus?
9. Wann wird dem Stadtrat das Projekt „Bürgerarbeit“ als Beschlussvorlage vorgelegt?

Orhan Akman

Stadtrat der LINKEN.

Stadtrat: **Orhan Akman•**
Mitarbeiterin: **Maren Ulbrich**
Bürozeiten: **Mo: 10 Uhr bis 12 Uhr, Di: 14 Uhr bis 16 Uhr und Do: 14 Uhr bis 16 Uhr (Stadtratsbüro Rathaus, Zimmer Nr. 176)**
E-Mail: **info@dielinke-muenchen-stadtrat.de**
Homepage: **http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de**